

Bauhofstellen bleiben erhalten

Meinhard beschließt defizitären Haushalt für 2021 – Personalkosten steigen

VON STEFANIE SALZMANN



Verwaltungspersonal wird besser bezahlt, Bauhofstellen bleiben: Am Donnerstag hat die Gemeinde Meinhard ihren Haushalt für 2021 mit 730 000 Euro Defizit verabschiedet – allerdings nicht mit großer Mehrheit. Foto: Tobias Stück

Grebendorf – Mit einem Defizit von 730 000 Euro hat die Gemeindevertretung Meinhard am Donnerstagabend den Haushalt für 2021 beschlossen – allerdings nur mit einer Mehrheit von zwölf zu acht Stimmen bei einer Enthaltung.

Mit dem jetzt beschlossenen Haushalt konnte Bürgermeister Gerhold Brill vor allem die Beförderungen und Höhergruppierungen von Beamten und Angestellten seiner Verwaltung in diesem Jahr durchsetzen, die von Teilen des Parlamentes angesichts der defizitären Haushaltslage im Vorfeld abgelehnt worden waren. Dabei ging es unter anderem um die Umwandlung einer A12 in eine A13-Stelle. Keine Mehrheit fand auch der Antrag der Koalition aus ÜWG, FDP und CDU, die befristeten Stellen im Bauhof der Gemeinde nicht zu verlängern. Die ÜWG hatte dazu vorgeschlagen, Leistungen extern einzukaufen.

Auch im Bereich der Investitionen konnte die Koalition nur wenige ihrer Sparvorschläge durchsetzen. Gestrichen aus dem Investitionsprogramm wurde der Bau einer Wasserleitung zwischen Neuerode und dem ehemaligen Wanderheim Siechenborn für 15 000 Euro. Die Mittel sollen stattdessen mit 10 000 Euro in die Beplanung der Gartenstraße/ Riedweg in Grebendorf fließen.

Sperrvermerke wurden auf Investitionen wie der Kauf eines Schleppers für den Bauhof für 100 000 Euro sowie die Planung und Bau einer Notwasserleitung zwischen Eschwege und Frieda gelegt.

Hingegen der Kauf der sogenannten Wolfhalle in Grebendorf für den Bauhof für 135 000 Euro wurde beschlossen.

Die SPD kritisierte, dass der Haushalt der Gemeinde in Folge spät im Jahr beschlossen wurde. „Damit werden viele Chancen verspielt, weil Investitionen nicht angegangen werden können“, sagt Karl Jeanrond.

Der Haushalt der Gemeinde Meinhard muss nun noch durch das Regierungspräsidium genehmigt werden.